

Presseinformation 25/2024

Solaranlagen für Emissionsminderung im Verkehr

Zum wiederholten Male hat der von der Bundesregierung eingesetzte Expertenrat für Klimafragen im Juni 2024 festgestellt, dass die Klimaziele für 2030 nicht einzuhalten sind, da es keine ausreichende Maßnahme im Verkehrssektor und im Gebäudesektor gibt. Insbesondere die fehlenden emissionsmindernde Maßnahmen im Verkehr verhegeln die Bilanz. Der Ausgleich der Verkehrsemissionen durch andere Sektoren, wie von der FDP in der Reform des Klimaschutzgesetzes durchgesetzt, kann nur kurzfristig das Versagen in der Verkehrspolitik vertuschen.

Wenig hilfreich, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt, seien die angedrohten Einfuhrzölle der EU für günstige Elektroautos aus China. Hier müsse die Bundesregierung in der EU Verhandlungen führen. Elektroautos müssen günstiger werden und nicht künstlich verteuert, so der nachhaltige Wirtschaftsverband. Ebenfalls nicht hilfreich seien die Blockaden der Liberalen gegen ein Tempolimit auf Autobahnen. Schließlich sei inzwischen Deutschland das einzige Land in Europa ohne Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen.

Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen seien besonders geeignet für Solaranlagen, so der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz. So würden sich begleitend am Straßenrand, bei Lärmschutzeinrichtungen, Mitfahrerparkplätzen, Auffahrten zu Raststätten und vielen anderen Orten günstige und schnell realisierbare Gelegenheiten ergeben, um Photovoltaikanlagen auf Dächern, Freiflächen oder aufgeständert über den Verkehrsräumen zu installieren. Das renommierte Freiburger Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE führe gerade wieder Feldversuche für neue Modulkonzepte an Lärmschutzwänden entlang von Straßen oder Schienenwegen durch.

Wenig hilfreich deshalb auch die Position von FDP Verkehrsministerin Daniela Schmitt in Rheinland-Pfalz, die bei Solaranlagen an Lärmschutzwänden eine Vielzahl von Problemen auflistet, aber keine Lösungsmöglichkeiten verfolgt. So hat sie eine bundesweite Vorzeiganlage einer PV-Lärmschutzwand an der A6 stillschweigend außer Betrieb gesetzt. Hier müsse die Landesregierung aktiv werden, und die neuen Modulformen für Lärmschutzwände austesten und für eine neue PV Anlage entlang der A6 bei Grünstadt initiativ werden.

Abschließend verweist der Landessolarverband auch erneut daraufhin, dass es für Rad- und Fußwege neuartige Solarpflastersteine und Solarbeläge sowie eine Standardlösung für die Überdachung solcher Verkehrswege mit PV Anlagen gäbe. Deshalb sei eine Blockade für emissionsmindernden Maßnahmen im Verkehrssektor einfach nur unverständlich.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 24. Juni 2024